



Fall Anis Amri im Landtag

Wir werden weiter auf Aufklärung dringen

Nordrhein-Westfalen befindet sich seit Wochen im Zentrum einer bundesweiten Debatte über die Innere Sicherheit. Deshalb haben wir eine Regierungserklärung der Ministerpräsidentin eingefordert. Drei Fragen stehen dabei im Mittelpunkt: Warum nutzte der Innenminister nicht alle rechtlichen Möglichkeiten, um Anis Amri vor dem Anschlag festzusetzen? Wie muss ein verantwortungsbewusster und ehrlicher Umgang der Landesregierung mit der eigenen Verantwortung aussehen? Wie können wir die Zugriffsmöglichkeiten der Sicherheitsbehörden in Nordrhein-Westfalen verbessern, damit sich ein solcher Anschlag nicht wiederholt? Für eine effektivere Terrorismusbekämpfung hat die CDU-Fraktion diese Woche weitere Vorschläge vorgelegt. Unsere Überzeugung ist: es darf in Deutschland keine Zonen unterschiedlicher Sicherheit geben. Nordrhein-Westfalen hat im Ländervergleich oftmals die niedrigsten Sicherheitsstandards. Unseren Behörden fehlen die Eingriffsmöglichkeiten der Kollegen in Bayern und Baden-Württemberg. Das wollen wir durch Reformen in den entsprechenden Landesgesetzen ändern. Gleichzeitig müssen aber die Fehler des Landesinnenministers im Fall Amri schonungslos aufgeklärt werden. Das sind wir den Opfern von Berlin und ihren Angehörigen schuldig.

Weiterlesen auf <https://kurzlink.de/anis-amri-landtag>

Bundeswehr

Soldaten zu Besuch im Landtag



26 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Presse- und Informationszentrums des Bundesamtes für das Personalmanagement der Bundeswehr in Köln (PIZ) waren am Mittwoch bei mir zu Gast im Landtag. Die vom Leiter des PIZ Personal, Herrn Oberst Thomas Scheibe, angeführte Gruppe war zuvor im Wirtschaftsministerium zu Besuch und nutzte anschließend die Gelegenheit zum Austausch.

Das sehr spannende Gespräch mit Soldaten und zivilen Mitarbeitern hat die Herausforderungen, vor denen die Bundeswehr steht, sehr deutlich gemacht. Dabei wurde unter anderem über das Pro und Contra der Wehrpflicht, die Ausrüstungsdefizite in der Truppe und eine attraktive Nachwuchsgewinnung diskutiert.

Siedlungsentwicklung

Landesregierung nimmt SPD-Pläne nicht ernst

Die Landesregierung nimmt die Pläne der SPD, im rheinischen Braunkohlerevier eine neue Muster-Stadt zu gründen, offenbar nicht ernst. Das ist das Fazit aus der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der betroffenen CDU-Landtagsabgeordneten.

Die Landesregierung verweigert die Antworten auf alle unsere berechtigten Fragen, wie eine neue Stadt gegründet werden soll und wie sich das auf die angrenzenden Kommunen und Kreise auswirken würde. Offenbar handelt es sich bei der Idee nicht um ein ernstzunehmendes Projekt, sondern um eine Utopie, die nicht einmal von der eigenen Regierung für bare Münze genommen.

Die Antwort auf die Kleine Anfrage finden Sie hier: <https://kurzlink.de/spd-utopia>